Nummer 263 — 30. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute", sowie den Zeitbeilagen „Zt. Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Für praktische Hausfrau", „Sportlicher Ratgeber", „Tod unter Dach". Monatlicher Bezugspreis M 2.20 einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Dehmigk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, 12. November 1931

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 M. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1.30 M. Belegg. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung d. Schadenersatzes. Geschäftlicher Teil: Franz Bungers, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Fernruf [illegible] A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-N.1, Hallerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden [illegible] Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. [illegible]

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Hallerstraße 17. Fernruf [illegible] und 19012.

Neue Vorschläge in Paris

Zwei Sachverständigen-Ausschüsse sollen Deutschlands Lage prüfen

Ein Ausweg?

Paris, 11. November.

Ueber die gegenwärtigen deutsch-französischen Verhandlungen schreibt Excelsior,

es scheine, daß sich die deutsche These in einigen Punkten der französischen These genähert habe.

Deutschland würde keine ernstlichen Einwendungen mehr gegen die Einberufung des beratenden Komitees innerhalb der durch den Youngplan gezogenen Grenze erheben; aber Deutschland würde verlangen, daß dieses Komitee bei einer neuen Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands auch die Liquidationen der in Deutschland eingefrorenen kurzfristigen Kredite mit berücksichtigen solle. Gegebenenfalls könnte, so fährt das Blatt fort, die französische Regierung ins Auge fassen,

daß parallel zu der Tagung des nach dem Youngplan vorgesehenen beratenden Komitees eine neue Sachverständigenbesprechung für die Handelskredite einhergehen würde.

Aber die französische Regierung könne keine Vermengung der beiden Organismen zulassen, die darauf abzielen würde, die Schlußfolgerungen des einen Komitees den Schlußfolgerungen des anderen Komitees unterzuordnen.

Der „Matin" erklärt, daß es falsch wäre, die deutsch-französischen Besprechungen als einen scharfen Kampf um „Text und Doktrinen" hinzustellen, bei dem jede Partei auf ihrem Standpunkt beharre. Wenn es von verschiedenen Seiten heiße, daß Deutschland entschlossen sei, weder den gesichteten noch den ungeschützten Teil der Tribute zu zahlen, so müsse demgegenüber hervorgehoben werden, daß Dr. Brüning niemals eine derartige Erklärung abgegeben habe.

Deutschland wünsche die weitere Aufrechterhaltung des Zahlungsaufschubs im Rahmen des Youngplanes, bis die Wirtschaftskrise vorüber sei.

Was die kurzfristigen Kredite anlange, so habe Deutschland Frankreich gegenüber die Bitte geäußert, ihm zu helfen, die Klippe des 29. Februar zu umschiffen. Französischerseits frage man sich, wie man Deutschland helfen könne, ohne das eigene Land zu gefährden. In Berlin spreche man von dinglichen Sicherheiten und Pfändern (?) und werfe somit den gesamtpolitischen Fragenbereich mit allen seinen Licht- und Schattenseiten wieder auf, da eine französische Anleihe mit dinglichen Sicherheiten aus dem wirtschaftlichen Rahmen weit heraustrete.

•

Botschafter v. Hoesch stattete am Dienstagmittag dem französischen Außenminister Briand einen weiteren Besuch ab. Briand empfing zu gleicher Zeit den französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet. Ueber die Besprechung wird deutscherseits mitgeteilt, daß sie der Weiterführung der bekannten deutsch-französischen Verhandlungen gedient habe. Außerdem seien die Fragen besprochen worden, mit denen sich der am 16. November in Paris zusammentretende Völkerbundsrat befassen werde.

Vor einer Rede Lavals

Zusammentritt des französischen Parlaments

Paris, 11. November.

Das französische Parlament nimmt morgen, nach 4½-monatiger Pause, seine Tätigkeit wieder auf. Die außerordentliche Session wird gegen Weihnachten zu Ende gehen. Sie zeigt eine stark belastete Tagesordnung, da innerhalb der kurzen Frist gewisse Finanzgesetze, namentlich über die Bewilligung von Sonderkrediten für Arbeiten im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verabschiedet werden müssen.

Vorläufig nehmen die Interpellationen, deren Beratung die Regierung sofort vornehmen wird, und die sich auf die Außenpolitik, auf das Hoover-Feierjahr, die Verhandlungen Hoovers mit Laval, die Lage in Deutschland, die Abrüstung und die französischerseits geführten Verhandlungen mit den Sowjets beziehen, das größte Interesse in Anspruch. Es handelt sich bis jetzt um etwa 10 Interpellationen.

Zweifellos wird Ministerpräsident Laval schon morgen den Antrag stellen, die Interpellationen, die sich auf die Außenpolitik beziehen, sofort zur Verhandlung zu stellen, **was ihm gestatten würde, sich unmittelbar über die Unterhaltungen auszusprechen, die er in Washington mit Präsident Hoover geführt hat und über die Verhandlungen, die er augenblicklich mit Deutschland führt.**

Macdonald über die Wirtschaftskrise

London, 11. November.

Die Aussprache über die Thronrede wurde im Unterhaus durch den Abgeordneten Geoffrey Lloyd eingeleitet, der sofort dem Wunsch der englischen Industrie nach Schutzzöllen zum Ausdruck brachte. Die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreiches, wie sie in der Thronrede angedeutet sei, müsse einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Britischen Reiches einleiten.

Im Namen der Opposition verglich Lansbury die jetzige Lage mit derjenigen nach Beendigung des Krieges. Damals hätten die siegreichen Regierungsparteien die Forderung erhoben, den Kaiser zu hängen und aus Deutschland das Letzte herauszupressen. Heute ernte England die Früchte des damaligen Sieges der Parteien, die Lloyd George unterstützen, dessen Partei heute in alle Winde zerstoben sei.

Jedermann wisse jetzt, daß das deutsche Volk nicht für den Krieg verantwortlich sei.

Das sei durch die Aktenveröffentlichungen der verschiedenen Staaten sowie durch die Aufzeichnungen der führenden Staatsmänner, die den Krieg und später den Frieden gemacht hätten, vollkommen erwiesen. Die englische Regierung müsse daher jetzt endlich Schritte ergreifen, um zu einer Lösung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage zu gelangen.

Premierminister Macdonald

nahm hierauf das Wort und betonte zunächst die Notwendigkeit der Wahlen. Die Bildung einer Nationalregierung sei wegen der Haltung der Arbeiterpartei notwendig gewesen. Wenn die Politik der Arbeiterpartei in den Jahren 1918 bis 1920 unterstützt worden wäre, wäre weder England noch die übrige Welt in die heutige Lage geraten. Macdonald bemerkte dann weiter, daß die industrielle Lage Anzeichen der Besserung zeige. Die Regierung halte an ihrem Wahlaufruf fest und werde einen Plan zur Verbesserung der Handelsbilanz aufstellen. Im Zusammenhang hiermit würde sie das Parlament um besondere Vollmachten ersuchen. Hinsichtlich des sogenannten Dumpings und anderer ähnlicher Erscheinungen werde die Regierung nicht blindlings zu Maßnahmen greifen, die angeblich ein notwendiges Heilmittel wären.

Nachdem Macdonald mitgeteilt hatte, daß das Unterhaus das Londoner Vertragsgesetz zu erledigen haben werde, ging er auf die internationale Lage ein.

Die englische Regierung stehe jetzt vor den großen Geldschwierigkeiten Europas. Sie wünsche eine Atempause, um sich der neuen Weltlage anpassen zu können.

So wahr ich hier stehe, sage ich, daß, solange menschlicher Wille der Welt unnatürliche wirtschaftliche Bedingungen auferlegt, die Welt niemals Erfolg haben kann. Es ist unmöglich, gleichzeitig hohe Zolltarife einzuführen und zu bestimmen, daß gewisse Mengen Gold von einer Nation an die andere überzuführen werden. Diese Art von Wirtschaft ist verrückt. Sie müßte notwendigerweise mit der Verarmung der Nation enden, die das Gold zu bezahlen hat, müßte aber letzten Endes auch die Nation treffen, die das Gold erhält.

Weiter sagte Macdonald, daß er an allem festhalte, was er früher über die Reparationen und Kriegsschulden gesagt habe. Was geschehen solle, müsse sofort geschehen. Man habe bereits Vorbereitungen getroffen, um zunächst mit den hauptsächlich beteiligten Nationen in Verbindung zu treten. Es müßten Abmachungen zur Loslösung von den gegenwärtigen falschen wirtschaftlichen Ansichten getroffen werden.

Bevor die Welt sich wirklich erholen könne, müsse man die vollkommen verkehrte internationale Wirtschaftspolitik, die seit dem Jahre 1918 verfolgt worden sei, gänzlich umstoßen.

Aus diesem Grunde müsse England an den notwendigen zwischenstaatlichen Verhandlungen teilnehmen. Er messe dem Besuche Lavals bei Hoover die allergrößte Bedeutung bei. Er hoffe, daß dieser Besuch in erster Linie zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, dann aber zu einer vollen und endgültigen Vereinbarung führen werde, an der auch die anderen beteiligten Nationen teilnehmen müßten.

Falsche Gerüchte über Zwangskonvertierung

Berlin, 11. November. Zu den Gerüchten über angebliche Zwangskonvertierungspläne für deutsche Werte wird mitgeteilt, daß niemals von irgendwelcher Seite auch nur erwogen worden ist, Auslandsanleihen zu konvertieren. Ueber die der Regierung von privater Seite nahegebrachten Gedanken, Inlandsanleihen zu konvertieren, haben in der Reichsregierung keinerlei Erörterungen stattgefunden.

Finden Sie ihn manierlich?

Kritik an Brüning in der sächsischen Presse.

Das Wohlwollen der sächsischen Presse ist dem Kanzler Brüning verlorengegangen. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit festgestellt, warum. Seit bei der Bankenkrise die Regierung in die „unverletzlichen" Bezirke der Privatwirtschaft eingegriffen hat, hat sich die Begeisterung der bürgerlichen Presse für Dr. Brüning auch in Sachsen sehr gemäßigt. Die Rede, die er vor dem Reichsparteiausschuß des Zentrums gehalten hat, hat ihm in diesen Bezirken die verlorenen Sympathien nicht wiedergewonnen. Denn in dieser Rede wurde sehr deutlich gesagt, daß die Wirtschaft unter einer Senkung der Selbstkosten nicht nur die Senkung der Löhne verstehen dürfe, und daß eine Preisverbilligung auf der ganzen Linie notwendig sei, wenn eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft und des Warenumsatzes verhindert werden soll. Das hat gewissen bürgerlichen Politikern in Sachsen nicht angenehm in die Ohren geklungen.

Ein wichtiges Schlagwort, mit dem heute ein Teil der bürgerlichen Presse gegen Dr. Brüning kämpft, hat Herr Dr. Stadtler vom Stahlhelm ausgegeben. Herr Stadtler behauptet, Brüning von gemeinsamer Studienzeit her zu kennen und bezeichnet ihn als einen „zwar vornehmen, religiösen und manierlichen (!), aber durchaus nicht originalen, nicht kampfbereiten, sondern trockenen, melancholischen, tragischen Charakter". (Vergleiche Bericht über eine Zittauer Rede Stadtlers in Nr. 261 der Zittauer Nachrichten.) Stadtler spricht also Brüning die Fähigkeiten ab, die ein führender Staatsmann in Deutschland in der gegenwärtigen Notzeit haben muß; „Manierlichkeit" allein genügte dazu allerdings nicht. — In das gleiche Horn bläst die Allgemeine Zeitung Chemnitz (Nr. 260), die zur letzten Rede des Kanzlers schreibt: „Nicht jeder ist ein Mussolini. Außerdem aber fühlt sich Brüning noch als Zentrumsparteimann verpflichtet und in diesem Zwittergefühl, die Reichskanzler eines überparteilichen Kabinetts — hie prominentes Zentrumsmitglied, scheint sich letzten Endes selbst Brünings Elastizität zu erschöpfen." Die Allgemeine Zeitung billigt also Brüning wenigstens noch Elastizität zu, die ihm Herr Dr. Stadtler abspricht. Sie sucht aber (Nr. 261) ausführlich darzulegen, daß der Kanzler Brüning alles falsch mache, weil er nicht über den Parteimann Brüning hinwegkomme. Das Blatt stellt dabei die bemerkenswerte Behauptung auf, daß die Kapitalfehlleitungen der vergangenen Jahre hauptsächlich von der öffentlichen Hand und den Konsumvereinen vorgenommen worden seien, aber nur in Ausnahmefällen von der Privatwirtschaft. Ebenso merkwürdig ist angesichts der Haltung der Christlichen Gewerkschaften die Behauptung des Blattes, daß die Gewerkschaften von jeher sich dagegen gesträubt hätten, die Tarifverträge irgendwie elastisch zu gestalten.

Weit sachlicher ist die Kritik, die die Leipziger Neuesten Nachrichten an Brüning üben (Nr. 530). Das Blatt versucht, die Grundlinien des Planes zu zeichnen, auf den der Kanzler bei den Beratungen des Wirtschaftsbeirates hinaus will. „Geschworener Feind der Inflation wie jeder unsoliden Geldwirtschaft überhaupt, will Brüning erreichen, daß die deutsche Volkswirtschaft auf der Währungsbasis, deren Umfang unüberschreitbar der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank vorschreibt, sich planmäßig einrichtet durch Anpassung der Wertmaßstäbe an das knapper gewordene Geld, durch vernünftige Senkung aller Preise für Waren und Leistungen." Das Blatt stimmt diesem Programm im allgemeinen zu, fordert aber, daß neben den Kartell- und Monopolbindungen auch die öffentlichen Monopole, vor allem Reichsbahn und Reichspost, den Prozeß der Kostensenkung mitmachen müßten. Scharf wenden sich die L. N. N. gegen eine Zwangskürzung der Zinssätze: „Das Kapitalangebot würde vom freien Markte verscheucht, das Zinsgebot durch Provisionen, Nichtprämien, Auszahlung unter pari umgangen werden." — Aehnliche Bedenken erheben auch die Dresdner Nachrichten (Nr. 530) gegen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung.

Ein anderes Bedenken richtet sich gegen die Personalunion von Kanzleramt und Außenministerium. So schreibt der Dresdner Anzeiger (Nr. 262): „Man braucht sich nur vor Augen zu halten, welch gewaltiges Arbeitsprogramm gerade für die nächste Zeit dem deutschen Außenminister zu bewältigen obliegt, um zu erkennen, daß eine nebenamtliche Führung der Außenpolitik auf die Dauer ein Unding ist ... Gerade wenn man wünscht, daß der Kanzler mit seiner so überaus schwierigen und aufopfernden Arbeit als Leiter der Gesamtpolitik des Reiches vollen Erfolg haben möge, muß man daher angesichts der Entwicklung der jüngsten Zeit die Auffassung vertreten, daß Dr. Brüning sich und seinen politischen Zielen besser diente, wenn er sich mehr auf seine Hauptaufgabe be-

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen".